

Baptistische Nebelschwaden

Die schwierige Suche nach einem Selbstverständnis für den Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland*

Kim Strübind

»Das ist das Verdammt an den kleinen Verhältnissen, dass sie die Seele klein machen.«

(Henrik Ibsen)

»Siehe, es kommt die Zeit, da schaffe ich einen neuen Bund. Nicht wie der Bund gewesen ist, den ich mit ihren Vätern schloss.«

(Jer 31,31f)

1. Die Selbstvergesslichkeit des Bundes

»Was ist der Bund, dass du seiner gedenkst?« So lautete in Abwandlung des 8. Psalms das Motto einer Tagung, zu der der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland am 4. November 2000 die durch ihn verbundenen Gemeinden zu einem »Theologischen Arbeitstag« zusammenrief. Was der Bund »theologisch« ist, wissen wir allerdings auch nach diesem Arbeitstag noch nicht. Die gewiss interessanten Vorträge brachten vor allem in einem Klarheit: Mit dem traditionellen dogmatischen Inventar ist dieser Frage nicht beizukommen, da sich unser Gemeindebund einzig dem Neuen Testament und keiner der unzähligen dogmatischen »Ekklesiologien« verpflichtet weiß, welche die Kirchen weitgehend zum Selbsterhalt und zur Selbstlegitimierung erfunden haben.

Dass es unsere Freikirche mehr als 150 Jahre nach ihrer Gründung immer noch gibt, ist weder theologisch selbstverständlich noch innerhalb (geschweige denn außerhalb!) der Bundesgemeinden allgemein bekannt. Wen wundert es da, wenn selbst das 150-jährige Bestehen unserer Freikirche im Jahr 1999 schlichtweg vergessen wurde? Man hat dieses Jubiläum kirchenintern durch keine einzige Gedenkfeier, Festschrift oder eine sonstige Publikation gewürdigt oder auch nur zur Kenntnis genommen. In dieser Tatsache drückt sich keineswegs ekklesiologische Bescheidenheit

* Überarbeiteter Vortrag, der anlässlich der Theologischen Sozietät am 16. September 2000 in der Gemeinde Berlin-Steglitz gehalten wurde.

und damit die Tugend der Selbstvergessenheit, sondern vielmehr die *Selbstvergesslichkeit* unseres freikirchlichen Gebildes aus. Auf diese Selbstvergesslichkeit des Bundes ist allemal Verlass. Der nicht nur zu beklagende Mangel an ekklesiologischer Selbstwahrnehmung führt allerdings zwangsläufig zu der Frage: Wozu brauchen wir ihn – den Bund? Gewiss wird niemand ernstlich behaupten wollen, dass unser (oder ein anderer) freikirchlicher Gemeindebund *notwendig* sei, um das Evangelium in alle Welt zu tragen. Ein Gemeindebund, der sich längst nicht mehr durch ein gemeinsames Selbstverständnis sondern durch eine Vielzahl von – bisweilen widersprüchlichen – »Binnenidentitäten« von Einzelgemeinden definiert, stellt sich selbst zur Disposition und unterscheidet sich erheblich von der römischen Kirche und ihrem ehernen Grundsatz der »einen«, »heiligen« und zudem »apostolischen« Kirche (una sancta et apostolica ecclesia). Das ist unser freikirchlicher Gemeindebund nicht, und das will er auch gar nicht sein. Aber was ist er dann?

Die unserem kongregationalistischen Selbstverständnis und freikirchlichem Erbe am nächsten liegende Antwort lautet: Der Bund verwaltet jene übergemeindlichen Kompetenzen, die ihm die Gemeinden jenseits ihrer autonomen Rechte und bis auf Widerruf zugestehen. Das ist meist wenig genug. Etwas spitz formuliert: Das innere Wesen unseres Gemeindebundes ist das Prinzip der Autonomie der Ortsgemeinde, womit sich die Berechtigung des Bundes ausschließlich *via negationis* erschließt: Der Bund ist lediglich das, was eine einzelne Gemeinde allein nicht (mehr) sein kann. Wie aber lässt sich dieser »Mehrwert« bestimmen, wenn man sich dabei auf das Neue Testament beruft?

2. Das Neue Testament und die Kirchen

Wenn man wissen will, was ein Gemeindebund wie der BEFG eigentlich ist und soll, dann kann man dabei verschiedene Instanzen befragen. Die Neutestamentler werden uns sagen, dass die Kirche im Neuen Testament erst relativ spät zu einem eigenen Thema wurde, und dass die Gemeinde vor allem der Ort ist, an dem die gnädige Herrschaft Jesu Christi ihren notwendigen sozialen Widerhall findet. Die Dogmatiker dagegen holen die Kirche meist vom Himmel auf die Erde und bemühen sich, uns auf die eine oder andere Weise die »Notwendigkeit« oder die Präexistenz zunächst der eigenen Konfession und dann der universalen Kirche als religiöses Apriori zu belegen. Seit dem frühen Mittelalter ist die Kirche neben die drei Personen der göttlichen Trinität gerückt und schließlich selbst zum Glaubensgegenstand geworden, wie das Apostolische Glaubensbekenntnis in seinem dritten Artikel belegt: »Ich glaube an [...] die heilige allgemeine christliche Kirche«. Solche Dogmatik muss freilich auf Vorbehalte stoßen, wo man für sich den Anspruch erhebt, »Gemeinde nach dem Neuen Testament« zu sein. Denn ein wie auch immer gearteter

»Glaube an die Kirche« ist für das Neue Testament völlig undenkbar.¹ Wo die Kirche zum Glaubensgegenstand wird, ist das alte Bonmot von Alfred de Loisy in seiner ganzen Schärfe zu hören: »Jesus Christus verkündigte das Reich Gottes und gekommen ist die Kirche!«

In unserem Bund bekennen wir keine in sich »einige« oder »allgemeine« Kirche – wie sollten wir auch? Das mit der Einigkeit ist schon in unseren Ortsgemeinden problematisch. Zudem thematisiert unsere Ekklesiologie nicht die Einheit, sondern vor allem die Vielfalt des Gemeindelebens. Je vielfältiger sich unser Gemeindebund präsentiert, desto brüchiger, dünner und unverbindlicher werden die verbindenden (konnektiven) Elemente.

Dabei berufen wir uns hinsichtlich der konkreten Gestalt unseres Gemeindebundes gerne auf das Neue Testament, das sich bei näherem Hinsehen freilich als ein höchst kritischer Gesprächspartner entpuppt. Betrachten wir etwa den 1. Korintherbrief und hier vor allem das gerne als klassische Belegstelle für unser Selbstverständnis zitierte 12. Kapitel, lässt sich feststellen, dass Paulus hier keineswegs die bunte Vielfalt des gemeindlichen Lebens beschwört oder einer Vielfalt von Kirchen und Gemeinschaften das Wort redet. Die inner- und zwischengemeindliche Vielfalt an Gaben und Erkenntnissen ist vielmehr im Text vorausgesetzt und wird vom Apostel auf das sozial verträgliche Maß begrenzt, indem er einer autonomen Verselbstständigung der Charismen gerade entgegen wirkt. Dem 1. Korintherbrief insgesamt und speziell dem 12. Kapitel geht es nämlich vor allem um die notwendige *Einheit* in der Vielfalt, und nicht etwa um die *Vielfalt* in der Einheit! An das Recht einer eigenen konfessionellen Binnenidentität oder »Konfession« innerhalb der Christenheit, wie diesem Text in Auslegungen oft fälschlich unterstellt wird, hat Paulus nicht einmal im Traum gedacht.

Der ekklesiologisch höchst bedeutsame 1. Korintherbrief legitimiert daher weder die individuelle, noch die gemeindliche oder gar konfessionelle Autonomie eines Gemeindebundes, sondern verweist den Glauben auf seine notwendige soziale Einbettung, indem er das Individuum zur leibhaftigen Einheit der Ortsgemeinde und die Ortsgemeinde zur Ökumenizität verpflichtet (1Kor 12,13). Eine sich über ein separates Bekenntnis definierende »konfessionelle« Glaubensgemeinschaft gerät bei Paulus (und im ganzen Neuen Testament) als legitime ekklesiologische Möglichkeit nicht in den Blick, weshalb Ansätze zu einer Konfessionsbildung von ihm bereits im Keim erstickt wurden.² Die ökumenische Einheit der Kirche als »Leib Christi« (1Kor 12,12ff) und »Tempel Gottes« (1Kor 3,17)

¹ Selbst wenn das Bekenntnis zum Glauben an die Kirche durch den Vordersatz pneumatologisch eingebunden ist.

² Vgl. 1Kor 1,10-3,23. Der Kampf gegen eine wie auch immer geartete Konfessionsbildung ist m.E. das zentrale Thema des ganzen Briefes, das auf allen Ebenen des Gemeindelebens reflektiert wird.

war für ihn nicht verhandelbar, sondern zentraler Gesichtspunkt seines und nicht nur seines Gemeindeverständnisses. Der Leib Christi war für ihn auch nicht die Fortsetzung der »Konfessionskirche«, wie manchmal fälschlich behauptet wird, sondern deren Überwindung und ihr Ende!³

Zwar hat es auch zur Zeit des Neuen Testaments regionale Zusammenkünfte einzelner Gemeinden gegeben.⁴ Diese waren jedoch praktisch-kommunikativer Art, dienten vor allem dem Austausch von Nachrichten und Mitarbeitern und werden an keiner Stelle des Neuen Testaments eigens »ekklesiologisch« gewürdigt. Nirgendwo wird solchen Gemeindebünden auch nur ansatzweise das Recht zugestanden, eine eigene Kirche innerhalb der noch jungen Christenheit zu gründen oder eine separate und mit eigenen Hoheitsrechten versehene Kirchenleitung ins Leben zu rufen.

Eine wie auch immer geartete ekklesiologische Dignität kommt im Neuen Testament allein der Christenheit insgesamt und jeder einzelnen Ortsgemeinde als ihrer Manifestation zu. Für eine theologische Zwischeninstanz in der Gestalt einer separaten »Konfessionskirche« gibt es im Neuen Testament weder Recht, noch Raum oder Notwendigkeit. Die auch im Neuen Testament begegnenden und teils erheblichen Erkenntnisunterschiede innerhalb der urchristlichen Strömungen führten gerade nicht zur Bildung eigener Kirchen, sondern zu einem konziliaren Verständnis der *einen* Kirche Jesu Christi (Apg 15; Eph 4,1-16), eingedenk der Worte ihres Herrn: »Wenn ein Reich mit sich selbst uneins ist, dann kann jenes Reich nicht bestehen« (Mk 3,24). Dieser Grundsatz gilt nicht nur für die Dämonien des gegenwärtigen Kosmos, sondern auch für das Reich Gottes.

Eine von der übrigen Christenheit autonome (Frei-)Kirche, die einem ebenfalls autonomen Gemeindebund eine besondere geistliche Dignität oder Autorität zugestehen würde, lässt sich vom Neuen Testament her also nicht begründen. Der hinter den unzähligen Kirchenspaltungen und -gründungen stehende Konfessionalismus und Separatismus kann nur dann als Bereicherung empfunden werden, wenn man sowohl auf dem neutestamentlichen als auch auf dem kirchengeschichtlichen Auge blind ist. Bei fast allen Kirchengründungen handelte es sich ja keineswegs um einen Akt ökumenischer Bereicherung, sondern um aus dogmatischen Streitigkeiten hervorgegangene und einander meist feindlich gesinnte

³ Die Behauptung, unser Gemeindebund und andere kirchliche Gebilde seien eine »notwendige Gestalt des Leibes Christi«, stellt eine ideologische Vereinnahmung des Neuen Testaments dar. Das Gegenteil ist der Fall: Die Konfessionskirchen sind das zu überwindende Hindernis auf dem Weg zur notwendigen und vom Neuen Testament gebotenen Einheit der Christen.

⁴ Vgl. dazu das instruktive Referat von A. Heinze, Ortsgemeinde und Gemeindebund im Neuen Testament anlässlich des Theologischen Arbeitstages am 4. November 2000 in Kassel, auf dessen schriftlich und den Teilnehmern vorab zugesandte Form ich Bezug nehme. Eine überarbeitete Fassung des Referats erscheint in Kürze in einem Beiheft der Zeitschrift »Theologisches Gespräch«.

»Gegenkirchen«, die sich wechselseitig mit dem Bann (Anathema) belegten und einander die Zugehörigkeit zum Heil in Christus zunächst fleißig absprachen. Darüber kann auch die kirchengeschichtlich noch junge und begrüßenswerte ökumenische Bewegung nicht hinwegtäuschen. Die konfessionelle Verselbstständigung einzelner Gemeinschaften im Nachhinein dogmatisch zu rechtfertigen oder die in Konfessionen gesplante Christenheit gar heilig zu sprechen, ist daher neutestamentlich und kirchengeschichtlich absurd. Paulus hat die ersten derartigen Versuche in Korinth als einen Akt des »Verderbens« betrachtet und mit einem heiligen Rechtssatz (E. Käsemann) aufs Schärfste verurteilt: »Wenn jemand den Tempel Gottes zerstört,⁵ den wird Gott zerstören. Denn der Tempel Gottes ist heilig; der seid ihr!« (1Kor 3,17).

Der Zusammenschluss einzelner Gemeinden zu Gemeindegruppen hat im Neuen Testament an keiner Stelle eine abgrenzend-konfessionelle, sondern eine ausschließlich positive und praktische Signifikanz. Dies hat André Heinze in seinem Vortrag anlässlich des oben erwähnten »Theologischen Arbeitstages« deutlich gemacht: »Die Stärke eines Gemeindebundes zeigt sich neutestamentlich nicht allein in der Stärke der »Zentrale«, sondern daneben vor allem in der Intensität der Hilfen der Gemeinden untereinander. Dieses »Hin und Her« der Hilfe zu unterstützen, es zu fördern und das Bewusstsein für ihre Notwendigkeit zu schärfen, wäre dann eine überaus wichtige Aufgabe einer wie auch immer gearteten Zentrale.«⁶ Damit gehört die Frage nach dem Wesen eines »Gemeindebundes« oder einer einzelnen (Frei-)Kirche in den Bereich der *Diakonie*, nicht jedoch der *Ekklesiologie*! Denn eine Ekklesiologie lässt sich für eine Gemeinschaft, die den Anspruch erhebt, ausschließlich dem Neuen Testament zu folgen, nur in einer gesamtkirchlichen und damit ökumenischen Weise entfalten und darstellen.⁷

Der Bund ist aus der Sicht des Neuen Testaments einzig insofern von Bedeutung oder Interesse, als er über seine Dienstleistungen (*diakonia*) in Erscheinung tritt, den Gemeinden zu ihrer Selbstentfaltung verhilft und deren Anliegen in der Ökumene der Christenheit vertritt. Die Institutionen des Bundes sind daher auch allesamt Dienstleistungseinrichtungen zum Wohl der Gemeinden – allem präventiven Lärm um eine angeblich unverzichtbare »ekklesiologische Bedeutung« des Bundes zum Trotz, deren Propagierung uns stracks zurück in die Sektiererei führen wird. Solange sich der Bund darauf beschränkt, den Gemeinden zu dienen und

⁵ Gemeint ist hier: Die Einheit der Gemeinde, die sich in der Einheit der Mitarbeiter Paulus und Apollos spiegelt. Wer beide (und damit die Gemeinde) auseinander dividiert, zerstört den Tempel Gottes.

⁶ Vgl. a.a.O. (Schlussabschnitt des Referats lt. Vorlesungsmanuskript).

⁷ Dies gilt sicherlich auch für andere Kirchen und Kirchenleitungen. Freilich begründen sich die meisten der etablierten Kirchen nicht nur über das Neue Testament, sondern über eine davon mehr oder weniger abgeleitete Dogmatik. Wir sollten ihnen an dieser Stelle gerade nicht folgen.

den übergreifenden ökumenischen Gesichtspunkt in den Ortsgemeinden wach zu halten, ist sein Zweck in ehrenvoller Weise erfüllt. Mehr kann, darf und muss ein einzelner Gemeindebund nach dem Neuen Testament gar nicht sein – schon gar keine andere Christen ausgrenzende »Konfession«! Die Festschreibung gemeindlicher Gebilde zu Konfessionen zementiert und legitimiert die aus einer historischen Situation geborene Kirchenspaltungen statt sie im Namen des für uns alle Gekreuzigten zu beenden und das allen Christen Gemeinsame herauszustellen. Darin allein liegt das legitime Recht und die theologische Pflicht der so genannten Ekklesiologie.⁸

3. Der »Bund« im Spiegel der Gemeinden

Wie sehen die Baptisten- und Brüdergemeinden, die im »Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden« zusammen geschlossen sind, ihren Gemeindebund? Als was erweist sich unsere Freikirche im Spiegel gemeindlicher Wahrnehmung? Die in unseren Gemeinden vor zwei Jahren im Auftrag der Bundesleitung erhobene Umfrage »Unser Weg in die Zukunft« hat unserem zwischengemeindlichen Dachverband ein sowohl erhellendes als auch ernüchterndes Zeugnis ausgestellt. Dies hat eine erste Auswertungsrunde der Bundesleitung anlässlich des Klausurtages am 15. und 16. Oktober 1999 ergeben. Angesichts von 402 eingegangenen Antworten – dies entspricht einem Rücklauf von etwa 50 % der Fragebögen – ist dieses Ergebnis mehr als nur »repräsentativ« und sollte den Bundesfachwaltern zu denken geben. Denn eines ist nun auch statistisch offenkundig geworden: Die übergeordneten Strukturen und Institutionen unserer Freikirche genießen in den Bundesgemeinden einen nur geringen Grad an Popularität und gelten weiten Kreisen als durchaus entbehrlich. Die Umfrageergebnisse zeigten u.a., dass vor allem die mangelnde Transparenz und Präsenz des Bundes sowie die fehlende Einbeziehung der Gemeinden in die Kirchen- und Personalpolitik einer Identifikation der Gemeinden mit dem Bund und den einzelnen Bundeswerken hinderlich im Wege stehen.

Aufschlussreich war neben den sehr differenzierten Einzelbeobachtungen die in dem umfangreichen Fragebogen enthaltene Bitte an die Gemeindevertreter, den Gemeindebund mit Hilfe einer treffenden Metapher, einem Vergleich oder in einer kurzen Sentenz zu beschreiben. Es war schon erstaunlich, wie die ganz überwiegend kritischen Beschreibungen den Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland immer wieder im »Nebel« verschwimmen sahen – die mit Abstand häufigste Metapher! – oder gar ein sinkendes »Bundesschiff« vor Augen

⁸ Vgl. dazu E. Schlink, *Ökumenische Dogmatik. Grundzüge*, Göttingen 1985.

malten (der Vergleich mit der »Titanic« tauchte mehrfach auf). Der Bund sei »mehr Rahmen als Bild«, heißt es in einem anderen dieser Vergleiche; er sei »für die Gemeinden das unbedeutende, für die Öffentlichkeit das unbekannte Wesen«. Man nimmt ihn manchmal als eine »Clique« und dann wieder als einen »Verwaltungsapparat« wahr, »der viel bewegt, von dem aber wenig geistliche Impulse ausgehen«. Mal gleicht der Bund einem »Nikolaus mit einem Sack voller Probleme«, dann einer »kostenintensiven Regierung ohne Volk« oder aber einem »Zwerg, der sich als Riese verkleidet hat«.

Architektonisch präsentiert er sich als ein »Dach ohne Haus und Bewohner«, von dem gelte: »Keiner blickt durch – nur vor sich hin«. Seine ökologische Funktion sei die einer »Müllkippe der Gemeinden«. Ecclesia olet? Vielleicht ist er ja gerade deshalb, wie jede Müllkippe, zugleich so »weit weg« von den Gemeinden, wie mit am häufigsten beklagt wird. Nicht ohne Süffisanz wird vermerkt, dass der Bund aus »Funktionären« bestehe, die sich gerne als »Visionäre« ausgäben. Er präsentiere sich als ein »Kopf, der sich im Kreise dreht und fragt: ›Spieglein, Spieglein an der Wand, wo gibt's den nächsten geistlichen Impuls in unserm Land?‹«

Auch der Sport wird als Vergleichsstoff bemüht: So werden Vergleiche mit dem »Absteigerclub Hansa Rostock« angestellt, wobei ausdrücklich festgehalten wird, dass dieser Vergleich – für echte Fans des Fußballclubs sowie des baptistischen Bundesvereins untypisch – »viel Gelächter« in der Versammlung hervorgerufen habe. Andere sehen im Bund eine »Fußballmannschaft, wo alle auf unterschiedlichen Plätzen spielen«. Das Leben spiele dagegen »oft auf einer anderen Bühne«. Mit kritischen »Vordenkern« gehe man dagegen »nicht gut um«. Sie würden »eher eingeschränkt und ausgegrenzt, statt sie als Bereicherung zu erleben«. Und immer wieder sind Sätze wie diese über den Bund zu lesen: »Über der ganzen Landschaft liegt (Morgen)Nebel«.

Sicherlich erheben sich in dieser Erfassung auch zufriedene Stimmen, die sich jedoch angesichts der massiven Benennung der Defizite an wenig mehr als an zwei Händen abzählen lassen. Ein Verbesserungsvorschlag lautete: »Manchen [Mitarbeitern des Bundes] sollten wir kündigen zugunsten eines neuen Profils« – eine ausgesprochen originelle Idee, die freilich an der verbreiteten Trägheit des Establishments und seiner Erbhöfe, einem beamtenähnlichen Planstellensystem und der defizitären Selbstwahrnehmung der Verantwortlichen scheitern wird. Unter den positiven Wunschbildern schien mir folgender Vorschlag am originellsten: »Er (der Bund) soll uns (die Gemeinden) auch künftig nicht stören!« Fast bedrohlich aber immerhin erwägenswert klingt eine andere Überlegung: »Es kann auch gedacht werden, dass der Bund sich erübrige«. Andere Zukunftsvisionen sind durchaus konstruktiver, wobei sich die Gemeinden von ihren oberen Verwaltungsorganen jedoch immer wieder mehr Transparenz, Fürsorge und Führungskompetenz wünschen, ohne dabei vereinahmt zu werden. Flexibilität und Schlankheit (»lean management«) des

Bundes waren ebenfalls Favoriten unter den Gemeindedesideraten. Allgemein macht man die Beobachtung: Der Bund ist nicht »vor Ort« – und wird tragischerweise auch immer weniger vermisst.

Diese Ergebnisse der mutigen Umfrage führen den Bund in ein Dilemma: Um die gewünschte Bundespräsenz in den Gemeinden zu erhöhen, wäre er genötigt, seine Personalstruktur radikal zu verstärken und seine Arbeitsbereiche umzustrukturieren. Da eine solche personelle Aufstockung bereits an der nach wie vor wenig zufrieden stellenden Finanzlage scheitert, wird der basale innere Zusammenhalt zwischen den Gemeinden nur über die kleinräumig operierenden Vereinigungen oder noch kleinere regionale Zusammenschlüsse von Gemeinden zu leisten sein. Ein solcher Schritt erfordert einigen Mut und mehr als nur sanften Druck seitens der Gemeinden. Führt eine Stärkung der föderalen Strukturen doch gleichzeitig zu einer Entmachtung der Zentralinstanzen und einer Verlagerung der Kompetenzen in die Vereinigungen bzw. Regionen. Viele, vielleicht sogar die meisten Fragen, die von überregionalem Interesse sind, könnten durch befristete und ehrenamtliche Kommissionen mit konkreten Arbeitsaufträgen bearbeitet werden. Die Einsetzung solcher Kommissionen durch die Bundesleitung geschieht ohnehin immer häufiger, bisher freilich ohne die alten und mitunter nicht sonderlich effektiv arbeitenden »Abteilungen« der Bundesleitung zu ersetzen.

Eine föderale und funktionale Entwicklung unserer übergemeindlichen Arbeit halte ich für aussichtsreich und zukunftsfruchtig. Durch eine Umschichtung zentraler Kompetenzen auf die Vereinigungen, die sich zu kleineren oder größeren »Unionen« mausern könnten, ließen sich einerseits Planstellen einsparen, die besser in den Vereinigungen eingerichtet werden sollten.⁹ So könnte die erforderliche überörtliche und zugleich ortsnahe hauptamtliche Betreuung der Gemeinden und vor allem die dringend notwendige seelsorgerliche Begleitung der Pastorinnen und Pastoren sichergestellt werden. Auch der Bereich der Weiterbildung von Mitarbeiter/innen sollte in die Kompetenz der Vereinigungen fallen. Der Bildungszentralismus ist nämlich ineffektiv und weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. In unserem allgemeinen Bewusstsein ist noch viel zu wenig verankert, dass jede Gemeinde längst ein »Bildungszentrum« ist oder sein kann. Anstatt teure und wenig effiziente Planstellen zu schaffen und Mitarbeiter/innen auf kostenintensive und zeitaufwendige Kurse im Land hin und her zu schicken, sollte Fortbildung in Zukunft ortsnah erfolgen. Auf diese Weise werden mehr Mitarbeiter/innen als bisher erreicht, und die teure und familienunfreundliche Auslagerung auf zunehmend schlechter besuchte »Tagungen« könnte reduziert werden.

⁹ Strickmuster für ein solch föderales System könnten die relativ eigenständigen evangelischen Landeskirchen mit ihrem kirchenpolitisch schwachen aber öffentlichkeitsrelevanten Dachverband der EKD sein.

Durch eine Regionalisierung des Bundes und eine Delegation der Kompetenzen könnte die notorische Überlastung der hauptamtlichen Bundesangestellten, die im Unterschied zu den Vereinigungsleitungen kaum mit den konkreten Situationen einzelner Gemeinden vertraut sind, drastisch reduziert werden. Die Arbeitsentlastung könnte dafür genutzt werden, dass sich unser Bund stärker auf das wichtige und bisher immer noch stiefmütterlich behandelte Gebiet der ökumenischen und politischen Öffentlichkeitsarbeit konzentriert und seine Mitarbeiter/innen dafür freigestellt werden. Um eine Vernetzung von Bund und Vereinigung zu schaffen, sollte überlegt werden, ob die Vereinigungsleiter/innen bzw. deren Stellvertreter/innen nicht die Bundesleitung bilden sollten. Damit wäre auch dem unsinnigen Wahlmarathon auf den Bundesräten ein Ende bereitet, der nicht nur Beratungszeit verschlingt, sondern in sich denkbar absurd ist: Die meisten der zu wählenden Kandidaten und Kandidatinnen sind den aus der ganzen Bundesrepublik anreisenden Delegierten nicht oder kaum bekannt. Ein klangvoller Name wird dann oft zum einzigen Wahlkriterium und tritt für die meisten Abgeordneten an die Stelle anerkannter Qualifikationen und tatsächlicher Eignung für dieses Amt.

4. Der Bund und seine »Kleriker«

Ein weiteres Zukunftsproblem unseres Gemeindebundes ist: Ihn plagen Nachwuchssorgen, da der pastorale Rohstoff unter uns immer knapper wird. In weniger als zehn Jahren werden Schätzungen zufolge etwa 20 % aller Baptistenpastoren in den Ruhestand gehen, ohne dass dies durch einen entsprechenden Nachwuchs kompensiert wird. Die Zahl der Theologiestudierenden in unseren Reihen geht – aller öffentlichen Abwiegelei zum Trotz – seit Jahren kontinuierlich zurück.¹⁰ Dies hat verschiedene Ursachen, die noch genauer erforscht werden müssen, nicht nur die ungünstige geographische Lage unseres freikirchlichen Bildungszentrums in Elstal und die nach wie vor verlockende Alternative eines akademischen Studiums an anerkannten theologischen Fakultäten. Die abnehmende Zahl Theologiestudierender folgt einerseits zwar auch einem gesellschaftlichen Trend, wie die Einbrüche bei der Zahl der Theologiestudierenden insgesamt verdeutlichen. Andererseits haben freikirchliche Institute und Hochschulen sowie Bibelschulen nach einer aktuellen Statistik¹¹ durchaus Konjunktur, ohne dass unser Theologisches Seminar

¹⁰ Dies hat nicht zuletzt erhebliche Auswirkungen auf die zusätzliche Altersversorgung der Pastoren (RGO), die immer noch durch ein Umlageverfahren finanziert wird, das in der vorliegenden Form in Zukunft kaum mehr zu halten sein dürfte.

¹¹ Vgl. dazu mein Gutachten für eine Reform des Theologiestudiums im BEFG in Elstal in dieser Ausgabe.

in Elstal davon profitieren würde. Dies sollte daher nicht länger heruntergespielt oder uminterpretiert werden.

Die negative Entwicklung hinsichtlich der theologischen Ausbildung mag aber auch an dem nach wie vor unklaren pastoralen Berufsbild – meist »Pastorenleitbild« genannt – oder den multiplen Anforderungen an diesen schwierigen Dienst zusammen hängen. In unserem Bund weiß keiner so genau, was ein baptistischer Pastor oder eine baptistische Pastorin eigentlich ist und was von der Ausübung ihres Berufes tatsächlich erwartet werden kann und soll. Die Konfusion ist hier immer noch Legion: Gilt doch in unserer Freikirche einerseits das »allgemeine Priestertum«; andererseits ist ein Pastor bzw. eine Pastorin de facto und jenseits aller forensischen Rhetorik eindeutig die zentrale kybernetische Instanz einer Ortsgemeinde.

Wie auch immer: Diejenigen, die gerne lautstark gegen die »Pastorenkirche« polemisieren, werden bald beweisen können, wie entbehrlich hauptamtliche Mitarbeiter für ein funktionierendes freikirchliches Gemeindeleben tatsächlich sind. Die allgemeine Larmoyanz über eine angeblich schleichende Klerikalisierung unserer Freikirche vergisst, dass gerade in der vermeintlich guten alten Zeit des Baptismus Pastoren nahezu unumschränkte Herrscher und kleine Päpste ihrer Gemeinde waren. Im Blick auf das Amtsverständnis früherer Tage mutet das Selbstverständnis heutiger Pastoren und Pastorinnen dagegen geradezu bescheiden an.¹²

Der baptistische Hang zur Klage über das »spezielle Priestertum« der Pastorinnen und Pastoren ist nach meiner Einschätzung kaum berechtigt. Denn wehe der Gemeinde, die über einen längeren Zeitraum tatsächlich »pastorenlos« ist! Sie kennt kein größeres Glück, als aus diesem Dilemma – es ist meist wirklich eins – so schnell wie möglich erlöst zu werden. Die Erfahrung lehrt: Das »allgemeine« funktioniert ohne das »spezielle« Priestertum oft mehr schlecht als recht, zumindest auf längere Sicht. In einer Zeit zunehmender Spezialisierung des Lebens, permanenter Überlastung und Überforderung der mitarbeitenden Kräfte durch Beruf und Familie sowie des wachsenden Bedarfs an Lebensberatung werden hauptamtliche und seelsorgerlich geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinden in Zukunft wichtiger denn je sein. Um diesem Bedarf zu begegnen, bedarf es neuer Überlegungen hinsichtlich des pastoralen Dienstes und seines Selbstverständnisses, das im Einvernehmen mit den Gemeinden und ihren Bedürfnissen entwickelt werden muss. Was Gemeinden von Pastoren erwarten, ist durch Umfragen mehrfach deutlich geworden. Der Bund ist nun gefordert, darauf in angemessener Weise zu reagieren.¹³ Sonst braucht man sich über mangelndes Interesse an diesem schwierigen aber auch wunderschönen Beruf nicht zu wundern.

¹² Der Trend geht vom ehemals »vollmächtigen« Kündler des Gotteswortes zum hauptamtlichen Sonntagsschullehrer, Jugendmitarbeiter, Gemeindemanager und -berater.

¹³ Die Bundesleitung hat zu dieser Frage unlängst eine eigene Kommission eingesetzt.

5. Was kommt – oder kommen könnte

Ibsens Diktum, das diesem Beitrag vorangestellt wurde, ist im Blick auf den Baptismus nur allzu wahr: Kleine Verhältnisse machen immer auch die Seele klein. Und irgendwann fängt schließlich jede kleine Seele an, sich mit ihrer Kleinheit zu arrangieren, sie zu internalisieren und das eigene geistige Segment für das Weltganze zu halten. Vor dieser Hybris der kleinen Herzen und Seelen bewahre uns Gott! Ebenso vor der Tyrannis des »Kartells der Mittelmäßigen«, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder das unbewegliche Establishment seiner Partei einst nannte.

Dass unser Gemeindebund durchaus sein Gutes hat, ist unbestritten. Wer etwa weiß schon, dass der Bund ca. 40 % seiner Ausgaben für die Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiter ausgibt? Unser vielgestaltiger Bund hat es bisher auch geschafft, die kollektiven Ideologisierungsversuche durch die kleinen Seelen und ihre religiöse Borniertheit abzuwehren. Und wenn darum schon zwischen der Skylla manchmal nebulöser Vielfalt und der Charybdis fundamentalistischer Tyrannis gewählt werden muss, dann mag man wohl eher etwas baptistischen »Bundesnebel« in Kauf nehmen – solange Gehirn und Geist dabei klar bleiben und die eigenen Überzeugungen sich nicht dem Kartell der großen Vereinfacher und ihren geistlosen Protagonisten beugen müssen.

Wie ich mir diesen Bund zukünftig vorstelle? In wenigen Strichen sei meiner leisen Hoffnung Ausdruck verliehen: Der Bund der Zukunft wird sich weniger präventiv, dialogbereiter, kommunikativer, transparenter und ehrlicher als bisher präsentieren. Er wird sich verstärkt dezentral organisieren und die vorhandenen personellen Ressourcen (»Charismen«) besser in Dienst nehmen. Der Begriff »Kirchenpolitik« wird einen anderen, freundlichen Sinn erhalten oder auch ein weitgehend unbekanntes Fremdwort sein. Die ganze Bundesgemeinschaft wird in Zukunft spiritueller, zugleich weltoffener, ökumenischer, toleranter und innovativer – oder gar nicht mehr sein.

Vor allem aber wird der Bund der Zukunft sein weibliches Potential besser behandeln als in früheren Tagen: Die stets neu zementierte Männerherrschaft in unseren Reihen ist ein schlimmes und leider immer noch fast selbstverständliches patriarchalisches Rudiment, das in einem zukunftssträchtigen Gemeindebund der Vergangenheit angehören wird. Das neue Jahrhundert wird uns hoffentlich die erste »Präsidentin« und »Bundesdirektorin« unserer Freikirchengeschichte bescheren. Der Einbruch in die Männerdomänen muss erfolgen, wenn wir uns nicht lächerlich machen und die entsprechenden Berufungen Gottes unter uns endlich anerkennen wollen. Dazu braucht es freilich auch eine neue Generation von selbstbewussten Frauen in unserer Mitte, die den ihnen von Gott zustehenden Platz beherzt einzunehmen bereit sind und sich nicht länger für Männerinteressen instrumentalisieren oder sich ins zweite oder dritte Glied der Verantwortungsebene abschieben lassen.

Den stets an dieser Stelle erhobenen Vorwurf, dies sei eine Huldigung des Zeitgeistes, werden wir dabei wohl zu ertragen haben. Die Kraft zum Bündnis mit dem Zeitgeist, der schneller als wir Christen begriffen zu haben scheint, was Gal 3,28 proklamiert, werden wir gerade durch die Freiheit des Heiligen Geistes erhalten. Denn dieser Geist weht immer noch, wo er will und durchaus außerhalb der Bastionen ekklesiogener männlicher Arroganz und bundespolitischer Ignoranz. Wie Jesus und Paulus werden wir den ewigen Vorwürfen der Fundamentalisten, wir seien »Modernisten« und Verächter heiligster Traditionen, standzuhalten haben, um Gottes Herrschaft in dieser Welt den ihr gebührenden Raum und damit Gott die Ehre zu geben.

Solche Töne klingen – leider immer noch – revolutionär und sollten doch selbstverständlich sein. Der in diesem Sinne »neue Bund« ist (noch) nicht unser Bund. Aber wir warten darauf, dass Gott ihn schafft und ihn uns und der ganzen Christenheit schenkt. Solange kein heilsamer Ruck durch diesen Gemeindebund geht, gilt uns Baptisten in modifizierter Form die Umkehrung eines berühmten Honecker-Satzes: »Den Baptismus auf der Bahn hält jeder Ochs und Esel an«.¹⁴

¹⁴ Das ursprüngliches Zitat Erich Honeckers, des vormaligen Generalsekretärs der SED, anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Staatsgründung am 7. Oktober 1989, lautete: »Den Sozialismus auf der Bahn hält weder Ochs noch Esel an«. Nur wenige Wochen nach diesem Satz war Honecker entmachtet und der Sozialismus nicht nur an Ochs und Esel gescheitert.